

"Der Courier"
is the leading Canadian Paper in
the German language.
Issued every Wednesday.
Subscription price:
In Canada \$2.50
to foreign countries \$3.50
if paid in advance:
Canada \$2.00
1835 Halifax Street, Regina.

Der Courier

und Der Herald = Organ der deutschsprechenden Kanadier

"Der Courier"
ist die führende Zeitung für die
deutschsprechenden Kanadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Bezugspreis:
Im Voraus bezahlt:
Canada \$2.00
für Ausland \$2.50

25. Jahrgang. 14 Seiten

Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 25. März 1952.

14 Seiten

Nr. 20.

Lebhafte Kämpfe in der Saskatchewan-Legislatur.

Regierungseite lehnt gemischtes Komitee zur Neuverteilung der Provinzialwahlkreise ab.

Sogar ein Konservativer gegen die Einkommensteuer-Vorlage. — Liberaler Protest gegen Änderung des Distriktsgerichts-Gesetzes.

Regina. — Da den legiti-
mengen Sitzeungen der Saskatchewan-
Legislatur wurde "hauptsächlich um
die 'Re-distribution' der Provinzial-
wahlkreise gekämpft. Der liberale
Führer J. G. Gardiner hatte einen
Antrag eingebracht, in dem er um
Zwecke der Neuverteilung der Wahl-
kreise die Einigung-Times-Kom-
mission forderte, in welcher

alle Parteien des Hauses
im Verhältnis zu ihrer jahresmäßi-
gen Stärke vertreten sein sollten.
Das ist ein so vernünftiger und ge-
rechter Antrag gewesen, daß man
hätte weinen sollen, er wäre von
allen Seiten des Hauses unterdrückt
worden. Aber die Regierungseite,
die bei einer neuen Wahlkreisein-
teilung die Landkarte der Provinz
nach ihrem Belieben und zu ihren
Günsten "verfügt" will, wünschte
doch gegen Gardiners Antrag
wie gegen eine Ergänzung durch
Dr. J. M. Ulrich, den liberalen
Abgeordneten für Northam, Ver-
schiedene Male wurde Premier Dr.
Anderson aufgefordert, doch zuzugeben,
daß bereits eine Berichtigungs-
falte in Unklar gestellt und debat-
tiert werden solle, daß ferner eine
Gesetzvorlage für Neuverteilung
der Wahlkreise für die gegenwärtige
Sessie vorbereitet gewesen sei,
aber er wollte nicht darauf eingehen.
Schließlich wurden der Antrag Gar-
diners und der Ergänzungsvor-
trag Dr. Ulrichs mit 33 gegen 29 Stim-
men abgelehnt. Von Regierungse-
seite stimmte nur der Abgeordnete
Whately mit der Opposition in bei-
den Fällen.

Eine Resolution gelangte in der

Frankreich erhöht Weiz-
scheinfuhr.

Paris. — Das Landwirtschafts-
Ministerium erhöhte die Einführung
von ausländischen Weizen von 25
auf 30 Prozent der Gesamtmenge,
die zur Herstellung des Brotes be-
nötigt wird.

Die Regierung hob die Sperrre auf

frisches Öl von den Vereinigten

Staaten, Kanada und in deren an-

deren Ländern auf und bestimmt da-
für Pagan, unter denen Öl einzufüh-
ren darf.

Zur einer Ansprache vor der deut-
schen Gruppe der internationalen

Bölen an Attentat auf deutschen
Diplomaten beteiligt.

Sowjetregierung gibt Namen polnischer Staats-
bürger bekannt.

Warschau. — Laut Meldung
der Polnischen Nachrichtenagentur
hat die russische Sowjetregierung in
einer Note den polnischen Auswärtigen
Amt die Namen der polnischen Staatsbürger, bekannt gegeben, welche an dem Attentatskomplott beteiligt waren, während dem deutschen
Botschafter in Moskau, Dr. Herbert von
Dirksen, gegenübe stand, und bei
der Ausführung kürzlich des
deutschen Botschaftsrats Dr. Arnt von
Diedenski angeklagt worden waren.

Stanislaus Patz, der politische
Gefährte des Botschaftsrats, und

Schmelz führte nach den
V. Staaten ab.

New York. — Max Schmelz, der
Botschaftsrat, wird sich am 25.
März an Bord des Dampfers "Europa"
nach den Vereinigten Staaten
einführen. Dann gebraucht er sich auf
seinen am 16. Juni stattfindenden
Kampf mit Joe Sharkey vorzubereiten.
Sein Trainingslager wurde noch
nicht festgestellt.

Das Attentat, bei welchem der deut-
sche Botschaftsrat Dr. von Dierden-
ski verurteilt wurde, erfolgte am 5.
März, und die russische Polizei ver-
holt bald darauf den Täter, einen
früheren russischen Studenten na-

8000 Kommunisten se-
len erschossen wor-
den sein.

Mexico-Stadt. — Ein Ameri-
kaner, der drei Jahre in San Sal-
vador lebte und jetzt aus der mittel-
amerikanischen Republik zurückge-
kehrt ist, teilte mir mit, daß bei der
Revolution in San Salvador vor
etwas über einem Monat 8000
Kommunisten getötet wurden. Er
soll die Zahl von eindringenden
Armeekommandeuren haben.

Die Hinrichtungen der Kommuni-
sten werden, wie weiterhin gesagt
wurde, noch immer fortgesetzt und
Erstürmungen von 25 bis 30 Perio-
den in der Woche seien keine Selten-
heit. Gleichzeitig führt die Revo-
lution zur Eindringung von über 200
großen Bomben. Colonel Augustin
Martí, der Führer der Revolu-
tionäre, wurde gleich am ersten Tage
erschossen.

Nationalsozialistische Partei- büros ausgehoben.

Preußischer Innenminister Severing behauptet, Marsch auf Berlin und andere Städte sei geplant gewesen.

In politischen Kreisen vermutet man, daß Maßnahmen zur Unterdrückung
der Hitlerpartei ergreissen werden.

Berlin. — Die Freigäste
der nationalsozialistischen Partei
Adolf Hitlers in ganz Preußen wur-
den auf Anordnung von Berlin
von der Polizei überwältigt und
ausgehoben. Erklärend wurde im
preußischen Innenministerium be-

fautt gegeben, es handle sich da-
rum, eine Verschwörung niederrzu-
werfen, die auf nichts geringeres
abzieht, als einen Bürgerkrieg zu
entzünden, um gegen den Nationalso-
zialismus zu erwidern, mit Waffen
genutzt zu rücken.

Nicht, nur die Parteileute der
Partei wurden ausgehoben. Polizei
beamte stellten auch zahlreiche in
nationalsozialistischen Parteien
verbündete Personen in ihren
Häusern durchsuchende Hand-
suchungen vor. Briefe und Doku-
mente wie Mitgliedslisten wurden
in großen Mengen mit Schlag be-
legt.

Die Polizeiüberfälle dürften an
Ausnahm irgendeine trühere Aktion
übertragen, welche das republi-
kane Deutschland gegen irgendeine
Partei unternommen hat. Von Ad-
agsberg bis Stolp, von Stolp bis
Breslau erzielten sich diese Ra-
gen, jedes einzelne wichtige
Zentrum der Nationalsozialisten be-
fand den Feind der Sicherheits-
polizei unter den Büchsen des
preußischen Innenministers Karl
Severing, dem die Polizei Preu-
ßen untersteht.

Von der Reichsregierung wurde
ausdrücklich erklärt, sie habe mit
diesen polizeilichen Überfällen nichts
zu tun gehabt.

Die Polizei hat es soweit abge-
lehnt, das Recht der Nazis
bekannt zu geben. Doch erklärte hebe
preußische Staatsräte, so bald
wie möglich werde das Publi-
kum ins Vertrauen gejogen und
über die erlangten Beweise gegen
(Fortsetzung auf Seite 2.)

Polnische Angst vor
Spionage.

Wien. — Ein Bild von
der Spannung, die im ganzen öst-
lichen Europa herrscht, gibt der Be-
richt der polnischen Regierung, die
innerhalb eines Monats 50 Per-
sonen wegen Spionage zum Tode
verurteilt wurden. Er hat jedoch in
den letzten Tagen erklärt, er sei ent-
söhnt, auch in den zweiten Wahl-
gang am 10. April einzutreten. So
haben nun die Wähler in Wiedens-
braunen Haus nichts ehrigeres zu

Sowjetspione gegen ausländische
Arbeitslose.

Nur Leute mit festen Kontakten werden in Rus-
land angenommen.

Zum hundertsten Todestag Goethes am 22. März.



Goethe in der Campagna (Italien).
Nach dem berühmten Gemälde von Tischbein.

Moskau. — Stellenangebote aus
den V. Staaten und anderen Län-
den, die mit gewöhnlichen Arbeits-
plätzen nach Ausland kommen, werden in
diesem Sommer-Erläuterungen er-
läutert, falls sie hier bleiben sollten,
um Verdauung zu finden. Die
Sowjetregierung erläutert, durch
spezielle Maßnahmen Arbeitslosen des Aus-
lands von Vertretern des Son-
der- und Landesabwesenden, falls sie nicht
im vorher besetzten Arbeitskontakt ver-
bleiben möchten. Die Sowjetregierung
möchte den Kontakt mit dem Ausland
aufrecht erhalten. Sie kann jedoch
nicht auf jedem Arbeitsmarkt der Welt
einen Platz für jeden finden.

Rundfunk schadet der
Wiener Staatsoper.

Wien. — Clemens Krauss, der
Direktor der Wiener Staatsoper, er-
klärte, daß die Vorstellungen in der
Wiener Staatsoper eingestellt werden
müssen, wenn sie keinen Anteil an
den Einnahmen erhalten, welche der
Wiener Rundfunkabteilung aus der
Sendung der Opernvorstellungen er-
wähnt. Die Einnahmen seien
mal wieder groß, wie die Kosten-
nahmen im Vorjahr.

Direktor Krauss reagierte daher an,
daß der österreichische Nationalrat ein
Gesetz erlassen soll, welches die Opern-
direktion instand setzen würde, ihren
eigenen Rundfunk anzulegen, falls
die Rundfunkmonopolie des österreichischen
Rundfunkmonopols sich weigert, falls
auf eine Teilung dieser Einnah-
men einzugehen.

Herzliche Osterwünsche des „Courier“ an alle Freunde!